



Niederschrift

über die 18. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 26.01.2011, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling

Stadtvorstand

Beigeordneter Rolf Franzen

Bürgermeister Heinz Heller

Ratsmitglieder

Dr. Reinhard Bock

Evelyne Cleemann

Kurt Dettweiler

Thomas Eckerlein

Christian Gauf

Martin Graßhoff

(bis 19.49 Uhr, TOP I/5)

Thorsten Gries

Günter Hahn

Dr. Walter Hitschler

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Uwe Kretzschmar

(ab 17.12 Uhr, TOP I/2)

Jürgen Kroh

Elisabeth Metzger

Volker Neubert

(ab 17.06 Uhr, TOP I/2)

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

Josef Reich

(bis 19.52 Uhr, TOP I/6)

Oliver Reitnauer

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Walter Rimbrecht
Achim Ruf
Dr. Dietmar Runge
Gertrud Schanne-Raab
Florian Scharfenberger
Richard Scherer
Eckhart Schiller
Andreas Schneider
Dirk Schneider
Peter Schönborn
Dr. Ulrich Schüler
Elke Streuber
Sabine Wilhelm
Kurt Zahler

Protokollführer

Alessa Buchmann (Amt 10)

von der Verwaltung

Heinz Braun (Amt 10)
Thomas Deller (Amt 40)
Dr. Helmut Ertl (Amt 40, VHS)
Thilo Huble (Amt 41)
Rudi Hudlet (Amt 14)
Andreas Hüther (Ortsvorsteher Oberauerbach)
Herbert Kallenbrunnen (Personalrat)
Richard Körner (Amt 10)
Anne Kraft (Stabstelle Wirtschaftsförderung)
Johannes Kuhn (Amt 11)
Monika Kuppitz (Gleichstellungsstelle)
Bruno Maier (Amt 20)
Gebhard Morscher (Amt 60)
Fritz Schmidt (Amt 30)
Uwe Seegmüller (Amt 34)
Holger Seib (Amt 11)
Klaus Stefaniak (Amt 32)
Friedrich Wagner (Amt 20)
Markus Wilhelm (Amt 51)

Gäste:

Michael Neutz WIBERA AG

Abwesend:

Ratsmitglieder

Hedi Danner
Bernhard Düker
Stephane Moulin

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 1 Bestimmung des Tages für die Wahl des Oberbürgermeisters
 2 Ausschreibung der Stelle des Oberbürgermeisters
 Vorlage: 10/0346/2011
- 2 Beschluss über die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 gem. § 13 Abs. 1 KomDop-
 pikLG
 Vorlage: 20/0336/2011
- 3 Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2011
- 3.1 Beschluss über Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011
 Vorlage: 20/0335/2011
- 3.2 Stellenplan 2011
 Vorlage: 10/0276/2010/1
- 4 Übertragung von Ermächtigungen zu Gunsten der Haushaltsjahre 2010 und 2011
 gem.
 § 17 Abs. 5 GemHVO
 Vorlage: 20/0337/2011
- 5 Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 Ge-
 mO
 Vorlage: 10/0345/2011
- 6 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden
 Vorlage: 10/0344/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling überreicht Herrn Schönborn die Stadtplakette in Bronze als Ehrengabe.

Verteiler:
Amt 10

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

I. Öffentlicher Teil

- Punkt 1:** **1 Bestimmung des Tages für die Wahl des Oberbürgermeisters**
(öffentlich) **2 Ausschreibung der Stelle des Oberbürgermeisters**
 Vorlage: 10/0346/2011

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

- 1 Der Aufsichtsbehörde wird als Tag für die Urwahl des Oberbürgermeisters der 4. September 2011 und als Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl der 18. September 2011 vorgeschlagen.
- 2 Der Text der beigefügten Stellenausschreibung für die Stelle des Oberbürgermeisters der Stadt Zweibrücken soll veröffentlicht werden in:
 - 1 Tageszeitung „Die Rheinpfalz“, Gesamtausgabe
 - 2 Tageszeitung „Pfälzischer Merkur“
 - 3 Staatsanzeiger.
- 3 Die Ausschreibung der Stelle soll bis Ende Mai 2011 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
Amt 10

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 2: **(öffentlich)**

Beschluss über die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 gem. § 13 **Abs. 1 KomDoppikLG** **Vorlage: 20/0336/2011**

Er bittet Herrn Neutz von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG um die Erläuterung der Eröffnungsbilanz.

Anhand einer Präsentation stellt Herr Neutz dem Stadtrat den Bericht über die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 vor. Die Präsentation ist der Sitzungsakte beigelegt.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erkundigt sich, was genau man unter der Aussage „Die bilanzielle Unterdeckung beträgt T€83.440.“ zu verstehen habe.

Herr Neutz erklärt, es handle sich um die Differenz zwischen dem „Langfristig gebundenem Vermögen“ und den „Langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln“. Dies bedeute, das Anlagevermögen reiche nicht aus, um die kompletten Schulden abzudecken. Es stünden nicht genügend liquide Mittel zur Verfügung und falls alle Schulden auf einmal bezahlt werden müssten, müsse die Stadt neue Schulden machen.

Auf Anfrage des Stadtrates, wo sich in den Auflistungen der WIBERA AG die Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (GeWoBau) wieder finde, erläutert Herr Neutz, die Anteile der Stadt an der GeWoBau befänden sich bei der Stadtwerke Service GmbH und im Eigenbetrieb Festhalle und seien aus diesem Grund nicht separat aufgeführt.

Ratsmitglied Dr. Ohler möchte wissen, um was es sich bei den „Bauten auf fremdem Grund und Boden“ handelt, das unter dem Anlagevermögen aufgeführt werde.

Herr Neutz antwortet, man müsse hier das wirtschaftliche und nicht das privatrechtliche Eigentum betrachten. Wenn die Stadt den rechtlichen Eigentümer auf Dauer (durch z.B. durch einen langfristigen Pacht- oder Mietvertrag) von der Nutzung des Gegenstandes ausschließen könne, müsse dies entsprechend bilanziert werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Neutz für den ausführlichen Vortrag und verabschiedet ihn.

Ratsmitglied Rimbrecht bedankt sich, als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bei den beteiligten Mitarbeitern der Stadt und dem gesamten Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe uneingeschränkt bestätigt, dass der Jahresabschluss den Vorschriften der Doppik entspreche. Man müsse sich noch stärker mit der Doppik beschäftigen, da es für viele Mitarbeiter noch immer um ein sehr schwieriges Thema handle. Die Aufstellung einer Bilanz bescheinige keine Wirtschaftlichkeit und die Bilanz selbst werde nicht (wie in der freien Wirtschaft) nach festen Grundsätzen aufgestellt. Das Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik schreibe z.B. vor, wie Abschreibungsgegenstände zu bewerten seien.

Betrachte man das vorhandene Eigenkapital, das eigentlich als Puffer für künftige Defizite gedacht sei, stelle man fest, dass die Stadt bei einer gleich bleibenden Neuverschuldung schon in fünf Jahren überschuldet sein werde. Eine solche Überschuldung sei jedoch gesetzlich verboten. Folge einer Überschuldung sei z.B., dass die Stadt nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben ausführen könne. Man dürfe sich nicht durch die hohen Zahlen im Anlagevermögen blen-

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

den lassen. Keiner werde eine Schule verkaufen. Es gebe auch keinen Markt für Straßen. Lasse sich der Stadtrat aber blenden, werde deutlich weniger gespart, als es eigentlich nötig sei. Durch das Verbot der Überschuldung sei die Stadt gezwungen sparsam zu sein. Durch das Wirksamwerden der hohen Abschreibungen (z.B. bei der Festhalle) entstünden hohe Defizite. Zweibrücken könne sich eigentlich aktuell keine Ausgaben mehr leisten.

Im Anschluss hieran erklärt Ratsmitglied Rimbrecht im Namen der SPD-Fraktion, Zweibrücken könne es sich bei einer solch schlechten finanziellen Situation nicht erlauben, Kosten auf sich zu nehmen, die nicht von der Stadt übernommen werden müssen. Er kritisiert, dass erneut in dem in der heutigen Sitzung zu beschließenden Haushalt die Gewerbesteuereinnahmen zu hoch angesetzt seien. Beim Haushalt gehe es nicht um die Gewinnung von Wählerstimmen. Er befürchte auch für diesen Haushalt einen erneuten Einbruch bei der Gewerbesteuer. Er kritisiert allgemein die Angabe falscher und geschönter Zahlen in der Öffentlichkeit und erinnert den Rat daran, das Leugnen wahrer Zahlen führe in diesem Fall nur dazu, dass der Zeitpunkt der Überschuldung und Handlungsunfähigkeit immer näher rücke. Ein solches Verhalten werde man nicht tolerieren.

Ratsmitglied Dr. Hitschler bedankt sich für die Mitarbeit. Er kritisiert jedoch, die Bilanz sei seit Juli 2010 fertig erstellt gewesen, jedoch werde sie dem Stadtrat erst heute vorgelegt. Er wünsche sich, zukünftig ein dynamischeres Bild der Entwicklung der Bilanz zu sehen. Er merke, die Zuwendungen des Landes würden tendenziell immer kleiner, da die Stadt von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion immer weniger Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen genehmigt bekäme. Der Wertzuwachs zum Eigenkapital durch Zuwendungen und der Eigenanteil an Investitionen werde künftig kleiner, der Werteverzehr (durch die Abschreibungen) werde größer.

Der Schuldenzuwachs sei viel größer als der Wertezuwachs. Aus diesem Grund müsse sich die Stadt am Schuldentilgungsfond des Landes beteiligen. Er bittet darum, die Stadträte ab jetzt besser zu informieren, was diese bezüglich des Schuldenfonds tun oder wissen müssen. Die Stadträte sollten besser vorbereitet sein, um die Stadt in Sachen Schuldenfond beratend besser unterstützen zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Stadtrates bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die gute Arbeit. Auch er hoffe für die künftigen Jahre auf einen zeitnaheren Bilanzbericht.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die **Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und der Anhang** wird wie folgt festgestellt:

Bilanzsumme Aktiva	494.533.532,04 EUR
Bilanzsumme Passiva	494.533.532,04 EUR

Abstimmungsergebnis:

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Es nahmen 37 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 14

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 3: **Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan** **(öffentlich)** **2011**

Der Vorsitzende spricht den wiederholten Antrag der Fraktion Grüne Liste an, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Die Idee selbst befürworte er, jedoch sei die Durchführung eher schwierig.

Er spricht das Defizit des Haushalts an und macht Ausführungen zu einzelnen Positionen. Im Anschluss bittet er die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Fraktionsgröße die Haushaltsreden zu halten.

Ratsmitglied Presl, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, kritisiert das enorme Haushaltsdefizit, den Mangel an Gestaltungswille und dem Fehlen positiver Signale im Haushalt 2011. Er hoffe für die kommenden Jahre auf eine Verbesserung der Gewerbesteuerereinnahmen. Er erinnert an den Antrag der Fraktion eine Haushaltskommission zu errichten. Diesem Antrag sei man gefolgt; es hätten Sitzungen der Kommission stattgefunden. Im Anschluss an die Sommerpause fanden jedoch keine mehr statt, was man aber als dringend notwendig erachtet hätte. Man solle einen erneuten Anlauf in Sachen Haushaltskommission und auch der Teilnahme am Entschuldungsfond in Angriff nehmen. Er führt aus, die SPD-Fraktion habe bezüglich der Erweiterung der Leichenhalle auf dem Hauptfriedhof und der Planung einer Brücke im oberen Bereich des Rosengartens erfolgreich die Streichung der Ansätze erreicht, was hier zu Einsparungen geführt habe. Wie auch die ADD verlangt habe, habe die Fraktion zudem gefordert, dass die Abführung der Sparkasse Südwestpfalz zur zusätzlichen Schuldentilgung verwendet werden solle. Die Fraktion fordert den Oberbürgermeister auf, der GmbH des Landgestütes und dem betroffenen Personenkreis klar zu machen, die Stadt habe nicht genug Mittel um immer wieder unterstützend tätig zu werden. Die Projekte der Innenstadtentwicklung, der DRK-Rettungswache und des Westpfalzstadions sollen vorangetrieben werden. Die Fraktion werde dem Haushaltsplan zustimmen.

Bezogen auf den Stellenplan stellt die Fraktion zwei Anträge:

- a) Streichung der neu ausgewiesenen 1,5 Stellen beim Vormundschafts- und Betreuungswesen beim Jugendamt
- b) Eine einjährige Wiederbesetzungssperre der freiwerdenden Stelle der City-Managerin.

Herr Wilhelm (Leiter des Jugendamtes) erklärt, warum gerade die neu einzurichtenden Stellen beim Vormundschafts- und Betreuungswesen enorm wichtig sind. Gesetzliche Vorgaben, erhöhte Fallzahlen und in der Öffentlichkeit diskutierte Fälle der Kindeswohlgefährdung in anderen Städten würden ein sofortiges Handeln zwingend notwendig machen.

Die SPD-Fraktion zieht Antrag a) zurück.

Mehrheitlich lehnt der Stadtrat den Antrag b) der SPD-Fraktion „Einjährige Sperrung der freiwerdenden Stelle der City-Managerin“ ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	21
Enthaltung:	1

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Es nahmen 36 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

Abschließend ergänzt Ratsmitglied Presl, das Land sei nicht an der Finanzmisere der Kommunen schuld. Die Mittel, die die Länder im Rahmen des Finanzausgleiches weitergeben können, geben sie weiter. Alle Länder und Kommunen seien sich diesbezüglich einig, dass eine Verbesserung erfolgen müsse. Seit der Einführung des Konnexitätsprinzipes werde seitens des Landes immer festgelegt, zusätzlich für die Kommunen für den Vollzug der Aufgabe entstehende Kosten zu übernehmen. Regelmäßig fänden Verhandlungen zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden statt, sodass dieses Prinzip ordnungsgemäß durchgeführt werde.

Ratsmitglied Schiller, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, spricht die Mindereinnahmen der Gewerbesteuer, die Abwälzung der Aufgaben auf die Kommunen, sowie Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip an. Nur „ausnahmsweise“ habe man seitens der ADD auf eine förmliche Beanstandung verzichtet. Die Arbeitsgruppe „Kommunale Steuern“ sei sich noch immer uneinig den Kommunen durch eigenes Zuschlagsrecht die Möglichkeit einzuräumen, den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer innerhalb einer Bandbreite durch kommunale Entscheidungen selbst zu verändern. Allerdings herrsche auch in anderen Arbeitskreisen und zwischen den Ländern Uneinigkeit in vielen Dingen. Man hoffe, 2013 könne man wieder mit einem Gewerbesteueraufkommen rechnen. Er spricht an, man streite sich über Themen, wie z.B. Planungskosten der Leichenhalle, den Bau einer Brücke über den Schwarzbach, schnelles DSL für Hengstbach, die Einrichtung einer Stelle für Migrantenberatung und die Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg-Kaiserslautern-Zweibrücken. Es sei jedoch wichtiger, neue Einnahmequellen zu erschließen. Den, schon beim Neujahrsempfang angesprochenen, Einzelhändlern rate er, eng mit dem vom Land gestellten Moderator zur Entwicklung neuer Ideen für die Innenstadt zusammen zu arbeiten. Trotz der Bereitstellung dieses Moderators, befürworte die Fraktion die Neubesetzung der freiwerdenden Stelle des Stadtmarketings. Er erklärt auch, der Entschuldungsfond in seiner jetzigen Planung werde den Kommunen nicht helfen. Zudem äußert er, die CDU-Fraktion hätte gerne auf den Bau von Fischtreppen oder die Einrichtung eines Bahnhaltdepot am Marienstein verzichtet.

Abschließend informiert Ratsmitglied Schiller den Rat, die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan mehrheitlich, den Entwürfen von Haushaltsplan und -satzung, sowie den Grundsätzen der Deckungsfähigkeit, geschlossen zustimmen.

Ratsmitglied Kaiser, Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, erklärt, die Fraktion werde den Haushaltsentwurf ablehnen. Das Defizit sei zu hoch, das könne auch das strukturelle Defizit nicht entschuldigen. Der Bau der DRK-Rettungswache, eine Brücke in Mittelbach, der Ankauf von Grundstücken in Mittelbach und der Bau eines über 6 Millionen Euro teuren Kindergartens seien Maßnahmen, die die Stadt nicht vorantreiben. Vielmehr habe es nicht umgesetzte Vorschläge der FDP-Fraktion gegeben, die der Stadt weitaus mehr bringen würden. So z.B. die intensivere Kooperation mit benachbarten Gebietskörperschaften, die Budgetierung einzelner Produktbereiche, die Gründung einer städtischen Liegenschaftsgesellschaft in Form einer nicht-mehrwertsteuerpflichtigen Tochter, die Übertragung des Bestattungswesens an den Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken, die Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes und vor allem die Teilnahme am Schuldentilgungsfond. Positiv zu vermerken seien die Planung der Umgestaltung des Alexanderplatz und der Fußgängerzone, wobei hierfür ein neues Einzelhandelskonzept nötig sei, und die weitere Beschäftigung einer City-Managerin.

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Sie erklärt, der Rat besitze Potential, das deutlich besser zu nutzen wäre. Die Verwaltungsspitze handle nach Ansicht der Fraktion zu zögerlich.

Ratsmitglied Dettweiler, Fraktionsvorsitzender der FWG-Fraktion, kritisiert, es gebe im Vergleich zu 2010 keine Verbesserung. Seine Fraktion werde allerdings den Haushalt nicht ablehnen.

Bei Maßnahmen wie z.B. dem Bau einer großen DRK-Rettungswache, der Erweiterung der Leichenhalle auf dem Hauptfriedhof, dem Neubau eines Kindergartens mit solch immensen Kosten und bei der Aufwertung der Fußgängerzone könne man deutlich einsparen. Die Fraktion sei der Meinung, man solle das Einzelhandelskonzept endlich begraben. Eine Ansiedlung von Verbrauchermärkten auf der Truppacher Höhe würde man nicht mehr ablehnen.

Bei der Übernahme der Kul-TUS-Halle Rimschweiler müssten zunächst die Verantwortlichen Stellung beziehen. Sei dies geklärt, unterstütze man die Übernahme der Halle. Auch der Bau der Feuerwachen in Rimschweiler und Wattweiler, der Ausbau des Westpfalzstadions, die Reaktivierung der Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken, den Bau des Radweges im Bereich Mittelbach und den Brückenbau über den Schwarzbach am Hotel Rosengarten werde die Fraktion unterstützen und fordere, diese Projekte nicht aufzugeben und voranzutreiben.

Auch für den Stellenplan werde die Fraktion stimmen. Die Einrichtung von 25 neuen Stellen für die Kinder in Zweibrücken an Kindergärten zeige, wie wichtig Zweibrücken die Kinder sind.

Ratsmitglied Schanne-Raab, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Grüne Liste, kündigt an, die Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen. Es gebe keinen ausgeglichenen Haushalt, die Eröffnungsbilanz weise einen enormen Schuldenstand aus und es sei keine Besserung der Haushaltslage in Sicht. Die Zuweisung neuer Aufgaben und der Kostenübertragung durch das Land lasse keine Hoffnung auf Besserung zu. Sie habe die Vision einer nicht mehr funktionierenden Verwaltung, verursacht durch Überlastung, Weggang von Mitarbeitern und Demotivation.

Der Städtetag fordere eine durchgreifende Neuordnung der finanziellen Belastung von Städten und Gemeinden. Eine solche Umsetzung würde auch Zweibrücken helfen.

Durch eine Stärkung der Gewerbe- und Grundsteuer könnte eine Verbesserung der Einnahmen erzielt werden. Die Beachtung des Konnexitätsprinzips und eine spürbare Entlastung der Städte bei den Sozialausgaben würden den Haushalt verbessern.

Die Fraktion Grüne Liste werde ihre Zustimmung zum Haushalt verweigern. Es handle sich hierbei allerdings nicht um Kritik an den Mitarbeitern der Verwaltung, sondern um Kritik am System, das Städten den Lebenshahn zudrehe.

Ratsmitglied Nunold, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke, beginnt, er wisse nicht, wie man solches Defizit verpacken könne. Den Großteil der Ausgaben finde er in den Sozialausgaben. Hier müsste seiner Meinung nach das Konnexitätsprinzip zur Anwendung kommen. Er weist den Rat auf den steigenden Arbeitsplatzabbau hin und fordert mehr für die Ansiedlung von Betrieben zu tun. Ein klares Konzept zur Verringerung der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben sei notwendig. Die Fraktion kämpfe gegen unnötige Ausgaben und für sinnvolle Projekte. Man müsse auch die Arbeitsplätze im Handwerk und im Dienstleistungssektor fördern. Er fordere auch, beim Ausbau des Einzel- und Fachhandels in Zweibrücken keine Rücksicht auf den Handel in benachbarten Städten zu nehmen.

Ausgaben müssten durch Zinsausgaben durch den Einsatz alternativer Finanzierungsmodelle begrenzt, Einnahmen durch Nachhaltigkeit und langfristiges Denken stabilisiert werden.

Auch der jungen Generation müsse man die Stadt durch Arbeits- und Ausbildungsplätze attraktiv machen.

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Im Namen der Fraktion bedankt er sich bei der guten Zusammenarbeit im Stadtrat. Die Fraktion werde auch weiterhin für einen besseren Haushalt kämpfen und dem Haushaltsplan, der -satzung und dem Stellenplan zustimmen.

Der Vorsitzende dankt den Fraktionsvorsitzenden für die Haushaltsreden und verweist für die Beschlussfassung auf die Vorlagen 20/0335/2011 und 10/0276/2011.

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 3: **Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
(öffentlich)** **2011**

Punkt 3.1: **Beschluss über Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 (und
(öffentlich)** **Stellenplan)**
Vorlage: 20/0335/2011 (Vorlage: 10/0276/2010/1)

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgende

Beschlüsse:

- a. Dem Stellenplan 2011 in der Fassung der Beschlussvorlagennummer 10/0276/2010/1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	27
Nein:	7
Enthaltung:	4

Es nahmen 38 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

- b. Dem Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2011, einschließlich der aus dieser Stadtratsdrucksache ersichtlichen Fassung, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	29
Nein:	9
Enthaltung:	0

Es nahmen 38 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

- c. Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2011 in der aus dieser Stadtratsdrucksache ersichtlichen Fassung wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	1
Enthaltung:	0

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Es nahmen 38 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

d. Den Grundsätzen der Deckungsfähigkeit (**Anlage 5**) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

Es nahmen 38 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 11

Amt 20

Amt 14

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 3: **Beschlüsse über Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan**
(öffentlich) **2011**

Punkt 3.2: **Stellenplan 2011**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0276/2010/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Punkt 3.1 behandelt.

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 4: **Übertragung von Ermächtigungen zu Gunsten der Haushaltsjahre**
(öffentlich) **2010 und 2011 gem.**
 § 17 Abs. 5 GemHVO
 Vorlage: 20/0337/2011

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Aus dem Haushaltsjahr 2009 werden Ermächtigungen in Höhe von 26.818,24 Euro für ordentliche Aufwendungen und Auszahlungen und Ermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 5.129.315,11 Euro auf das Jahr 2010 übertragen.
2. Aus dem Haushaltsjahr 2010 werden Ermächtigungen in Höhe von 48.832,28 Euro für ordentliche Aufwendungen und Auszahlungen und Ermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 8.758.395,33 Euro auf das Jahr 2011 übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Es nahmen 37 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

Verteiler:

Amt 20

Amt 14

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 5:
(öffentlich)

**Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem.
§ 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/0345/2011**

Ohne Aussprache wird der Stadtrat gemäß der Vorlage über bestehende Verträge unterrichtet.

Verteiler:
Amt 10
Amt 41

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Punkt 6: **Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden**
(öffentlich) **Vorlage: 10/0344/2011**

Ratsmitglied Schanne-Raab bittet darum, zu prüfen, ob eine Spende eines Fördervereines auch aufgeführt werden müsse, obwohl das Unterstützen der Einrichtung dem Vereinszweck entspreche.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spenden zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Es nahmen 37 Ratsmitglieder an der Abstimmung teil.

Verteiler:

Amt 10

Amt 51

18. Sitzung des Stadtrates am 26.01.2011

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Reichling
Oberbürgermeister

Die Schriftführer

Richard Körner
Oberamtsrat

Alessa Buchmann
Stadtinspektorin